



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/101 - 5. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Mangelnde Solidarität</u> Härten in der Lastenausgleich-Gesetzgebung Von Richard Reitzner, MdB	83
3 - 4	<u>Streußer macht sich zum Dogma</u> "Wer gegen mich ist, der ist kommunistisch versucht!"	67
5 - 6	<u>Die Griechen in der Bundesrepublik</u> Ein nationales und menschliches Problem Von Dr. Spiros Mathopoulos	86
7 - 8	<u>Das zerbrochene Fernsehkartell</u> Zu viele Apparate - zu wenig Abnehmer	47
8	<u>Abgeblitzt</u> Lektion für Dr. Kaul	22

* * *

* *

Mangelnde Solidarität

Von Richard Reitzner, MdB

Wer die Reden des Herrn Bundesvertriebenenministers von Merkatz aufmerksam liest, wird manchmal ausgezeichnete Formulierungen finden, so z.B. am 10. 12. 1960 im Deutschen Bundestag: "Der Vertriebenenminister ist zu der Überzeugung gekommen, dass sich in der hochentwickeltesten Bundesrepublik noch unterentwickelte Gruppen befinden und so muss er sich dafür einsetzen, dass dem Gleichheitsgrundsatz Rechnung getragen wird. Die Ausgebombten, die Vertriebenen und die Bewohner des heimgesuchten Mittelstandes leiden stellvertretend für uns alle. Ihnen Leid und Last zu erleichtern, ist die Pflicht der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der nationalen Solidarität".

Das liest sich in der Tat sehr gut. Wie aber ist die Praxis? Am 4. Mai 1961 beriet der Deutsche Bundestag über die Anträge der SPD-Bundestagsfraktion zur Änderung und Ergänzung des Bundesvertriebenengesetzes und über den Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Der Antrag der SPD zum Bundesvertriebenengesetz wollte durch eine neue Definition jedem Deutschen aus der SBZ die Eigenschaft des Flüchtlings zuerkennen, wenn nicht bestimmte Ausschließungsgründe vorliegen. Wir alle wissen, dass sich die Lage unserer Landsleute in der SBZ im Laufe der Jahre sehr verschlechtert hat, und zwar so, dass der dort herrschende allgemeine Zwang jeden in unerträglicher Weise bedrückt, und dass der besondere Zwang, der den einzelnen betrifft, nicht mehr die Bedeutung des entscheidenden Merkmals hat. Nicht allen ist es gegeben, für alle Zeit dem verstärkten Druck des SED-Regimes standzuhalten. Der Gedanke an eine freie Welt verleibt jedoch Hoffnung und Zuversicht, und wenn sich nun ein Deutscher zu uns herüberrettet, dann muss er durch die ganze peinliche Verwaltungsmühle, muss den besonderen Zwang nachweisen mit dem Ergebnis, dass nur ein geringer Teil den C-Ausweis erhält, der besondere Rechte und Leistungen zur Folge hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion wollte daher der Wirklichkeit in der SBZ Rechnung tragen und neue Wege beschreiten und auch stärker solidarisch helfen. Die CDU/CSU-Mehrheit aber hat den Antrag der SPD abgelehnt und sich mit zwei ungenügenden Änderungen begnügt. Statt "fliehen musste" heißt es jetzt "gerettet ist". Weiter heißt es "wirtschaftliche Gründe sind als besondere Zwangslage anzuerkennen, wenn die Existenzgrundlage zerstört oder entscheidend beeinträchtigt worden ist, oder wenn die Zerstörung oder entscheidende Beeinträchtigung nahe bevorsteht".

5. Mai 1961

Das grosszügigere Verlangen der SPD wurde von dem CDU-Abgeordneten Eichelbaum mit der Begründung abgelehnt, der dadurch entstehende Sog könnte den Dammbrechen. Demgegenüber muss jedoch gesagt werden, dass die Mehrheit der Deutschen in der BRG nicht deswegen flieht, weil sie in der Bundesrepublik paradisiache Zustände erhofft, sondern weil sie den Druck des Regimes unerträglich findet.

Die Erkenntnis aus dieser Debatte für die SPD ist die Forderung nach einem eigenen Flüchtlingsgesetz.

Am 4. Mai 1961 behandelte der Deutsche Bundestag auch den Entwurf der SPD eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes. Einige Tage vorher hat Herr Bundesvertriebenenminister auf dem CDU-Kongress in Köln die Flüchtlinge und Vertriebenen ermahnt, "in einer Welt des wachsenden Wohlstandes und der steigenden Ansprüche nicht das Gefühl für das richtige Maß zu verlieren". Was die SPD-Bundestagsfraktion für die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten forderte, übersteigt lange nicht das richtige Maß. Es wird natürlich nicht gelugnet, dass die Dreizehnte und Vierzehnte Novelle zum LAG Verbesserungen gebracht hat. Sie sind aber ungenügend. Wer den SPD-Entwurf mit der Beschlüssen der Mehrheit des Deutschen Bundestages vergleicht, wird die Unterschiede finden. Schliesslich ist es der Opposition zuzuschreiben, dass ihr Entwurf, der bereits im Juni 1960 eingebracht wurde, Regierung und CDU/CSU in Bewegung gebracht hat. Die Mängel und Härten in der Lastenausgleichs-Gesetzgebung müssen nicht geflissentlich gesucht werden, sie bieten sich von selbst an. Vor allem müssen der Initiative der SPD entsprechend die Stichtaghärten beseitigt werden, die Hausratsentschädigung muss in allen Stufen angehoben und auch die Unterhaltshilfe muss stärker verbessert werden, Zuschläge zu den Einheitswerten und eine Verbesserung der Hauptentschädigungssätze sind ebenso nötig wie die Sicherstellung einer angemessenen Altersversorgung der ehemals Selbständigen.

Es ist auch Zeit, dass von der Bundesregierung realistische Pläne zur Vorfinanzierung und beschleunigten Abwicklung des LAG vorgelegt werden. Eine beschleunigte Regelung des Lastenausgleichs ist von grosser Bedeutung für Geist und Inhalt unserer demokratischen Ordnung. Demokratie kann und muss mehr bieten als nur den Namen und das Bekenntnis zu ihr. Eine befriedigende und gerechte Lösung der sozialen Anliegen für die Vertriebenen, Sowjetzonenflüchtlinge und Kriegssachgeschädigten dient gleichzeitig der Festigung der sozialen und demokratischen Grundlagen der Bundesrepublik. Und das sollten wir tun!

Strauss macht sich zum Dogma

sp - "Ich glaube feststellen zu dürfen, dass Sie Korrespondent eines sowjetrussischen Organs sind, und ich darf mit Interesse feststellen, dass Sie sich auf den Spiegel-Artikel beziehen!" Einige deutsche Journalisten, die ihrer selbst spotteten, quittierten diese mokante Bemerkung des Bundesministers für Verteidigung mit Gelächter.

Es geht hier nicht um den sowjetischen Journalisten, der seine gewiss alles andere als geschickte Pressekonferenz-Frage auf dem Strauss-Artikel des "Spiegel" basierte. Es geht einfach darum, dass der Minister die Frage ausnutzte, um dem Nachrichtermagazin, das aus zweifellos wohlerwogenen Gründen schon immer eine höchst kritische Position gegenüber Strauss eingenommen hat, in formal unangreifbarer Weise "eins hinten aufzubrennen". Der Trick liegt offen zutage: Da sich ein Sowjetmensch auf einen "Spiegel"-Artikel (notabene: gegen Strauss!) bezieht, muss ihm doch dieser Artikel in den Kram passen, also liegt der Artikel im Interesse dieses Sowjetmenschen (was Strauss "mit Interesse feststellt") und folglich entspricht die Tendenz (dieses Artikels) in erschreckender Deutlichkeit dem Trend der kommunistischen Propaganda".

Dieser letzte Satz ist ein wörtliches Zitat aus der "Bekanntgabe" eines namenlos gebliebenen Sprechers des Bundesverteidigungsministeriums zu einer Algerien-Putsch-Information des Informationsbriefes des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (PPP). In dieser Information war nüchtern verzeichnet worden, dass gewisse höhere Offiziere des Bundesverteidigungsministeriums recht eigenartige Ansichten über de Gaulle, über den Putsch und über dessen Folgen geäußert hätten. Der fixe Strauss-Sprecher gab nun, ohne auch nur im geringsten auf die Sache selbst einzugehen, "bekannt", dass PPP mit dieser Information "in infamer Weise die Bundeswehr in ihrem internationalen Ansehen herabsetzt und ihre demokratische Integrität in Zweifel stellt". Und nun kommt's, ganz im Sinne von Strauss: "Die Tendenz dieser Meldung entspricht in erschreckender Deutlichkeit dem Trend der kommunistischen Propaganda".

5. Mai 1962

Die Nutzenwendung aus diesen beiden Vorgängen, die symptomatisch für eine nicht abbreisende Serie solcher "Bekanntmachungen" steht, wird auch den naivsten Betrachter erschreckend klar: In unfassbar selbstgerechter und arroganter Weise versuchen hier ein Minister und seine Pressesprecher ein Propagandadogma aufzubauen und allmählich in die Öffentlichkeit zu infiltrieren, das Dogma nämlich: "Wer gegen mich, Strauss, ist, der ist kommunistisch verseucht!"

Nachdem man schon mit List und Schläue daran gegangen ist, die ebenso falsche wie bodenlos eitle Identifizierung "Strauss-Bundeswehr" zu kreieren und unters Volk zu bringen, macht man sich nun also an die nächste Propagandatour, die nicht minder falsche, aber höchst gefährliche Fehl-Identifikation "Strauss-Gegner = Kommunisten-Freund" an die Agitationsschelle zu hängen.

In normalen Zeiten und unter normalen Umständen würde ein solches Unterfangen schon im ersten Versuchestadium in einem honerischen Gelächter untergehen. Die von der CDU/CSU-Führung ausgehende und allein verschuldete Verketzerung des innenpolitischen Gegners aber hat bereits eine solche anormale Situation in der Bundesrepublik geschaffen, dass schon ernsthafte Anstrengungen notwendig geworden sind, um Aktionen, wie denen des Herrn Strauss, noch rechtzeitig das Lebenslicht auszublenden, bevor sie zu einer potenten Gefahr für die innere Ordnung in der Demokratie geworden sind.

Leuten, die über derlei Aktionen des Bundesverteidigungsministers schadenfroh lachen und Gefallen an ihnen finden, ist zwar kaum noch zu helfen. Aber der unangekränkelte Teil der deutschen Öffentlichkeit, der - Gott sei Dank! - auch heute noch die weitaus überwiegende Mehrheit unseres Volkes darstellt, ist über alle Parteien hinweg aufgerufen, dieser jetzt gemeingefährlich gewordenen Verketzerung der innenpolitischen Gegner des Herrn Strauss und anderer CDU/CSU-Führer ein hartes und plötzliches Ende zu setzen. Das geht alle an, die nicht im Lager des Herrn Strauss stehen und die wissen, dass Strauss wählen würde, wer Adenauer wählen sollte.

Die Griechen in der Bundesrepublik

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Zwischen Vertretern des deutschen und des griechischen Arbeitsministeriums wird in diesen Tagen in Bonn ein Vertrag ausgearbeitet und unterzeichnet, der die Sozialversicherung der zur Zeit in der Bundesrepublik beschäftigten Griechen gewährleisten soll. Es ist dies eine notwendige Ergänzung zu den bisherigen bilateralen Vereinbarungen über den Einsatz griechischer Arbeitskräfte in den verschiedensten Industriezweigen der Bundesrepublik. In der Absprache des Jahres 1960 war zunächst die Zahl von 50 000 griechischen Arbeitern vorgesehen worden, wobei ein automatisches Anwachsen dieses Kontingentes um weitere 50 000 bereits mit einkalkuliert worden war.

Zur Zeit werden in den verschiedenen Bundesländern, meist in den Industriezentren an der Ruhr und in Süddeutschland, etwa 36 000 griechische Arbeiter beschäftigt. Neben den rund 200 000 italienischen, den 30 000 spanischen und der zahlreichen jugoslawischen Arbeitern bilden die Griechen also bereits jetzt einen Hauptteil der sogenannten "Fremdarbeiter" in der Bundesrepublik. Doch verbirgt sich hinter diesen nackten Zahlen ein verzwicktes nationales und auch menschliches Problem, das für das griechische Mutterland in die Frage mündet: Ist dieser immer stärker anwachsende Menschenstrom nur ein vorübergehendes ökonomisches Phänomen, oder steckt darin das Anzeichen einer alarmierenden Notlage?

Die grosse Unterbeschäftigung in der griechischen Wirtschaft (z. Zt. 800 000 bei einer Gesamtbevölkerung von 8,5 Millionen) und die krasse Arbeitslosigkeit (rund 250 000) haben für die griechische Volkswirtschaft zwei tiefgehende nachteilige Auswirkungen: Einmal ergibt sich daraus als Folge eine anwachsende Landflucht in die grossen Städte, in denen das Arbeiterproletariat erschreckend zunimmt, während gleichzeitig die Landwirtschaft vernachlässigt wird und die Dörfer sich leeren. Zum anderen gesellt sich zu diesem soziologischen Umbruch, der zum Teil strukturbedingt ist, die Frage der Abwanderung, die für das griechische Volk nicht zuletzt zu einer geistigen Existenzfrage zu werden droht. Bereits Platon musste sich in seiner "Politeia" mit den Folgen der Auswanderung auseinandersetzen. Aber gegenwärtig ist es so, dass die Zahl der Gelehrten und anderer spezialisierten Kräfte, die nach den USA und in andere hochindustrialisierte westliche Länder auswandern, verhältnismässig nicht geringer als die Masse der abwandernden Arbeiter zu veranschlagen ist.

Die meisten Griechen, die in die Bundesrepublik kommen, sind Bauern, deren Ernte wegen der schlechten Absatzbedingungen und der ungünstigen klimatischen und agrarpolitischen Voraussetzungen

zugrunde ging. Diese unspezialisierten Arbeiter suchen zunächst nichts anderes als einen menschenwürdigen Lebensunterhalt. Eine gemeinsame deutsch-griechische Kommission in Athen verteilt an sie die Arbeitsverträge der interessierten deutschen Unternehmen und nimmt eine qualitative Auslese vor. Eine griechische Betreuungsgstelle in München weist dann ihre Landsleute gemäss den Verträgen ein. Allen voran ist es natürlich ein Herzensanliegen des griechischen Botschafters in Bonn, Ypsilantis, ein reitungsloses Einleben in jeder Beziehung zu fördern. Wie die Erfahrung zeigt und die zuständigen Kreise bestätigen, gelingt es den Griechen rasch, sich in den neuen Lebens- und Arbeitsrhythmus einzufügen, und da sie bald die Leistungen ihrer deutschen Kollegen zu erreichen suchen, werden sie gern eingestellt. Ziel und Hauptmotiv ist ein möglichst hoher Verdienst - weshalb sie keine Überstunden und Feiertagsarbeit scheuen -, um ihre Angehörigen entsprechend unterstützen zu können.

Dieses Ziel wird zweifellos erreicht. Doch sehen griechische Wirtschaftsexperten das Problem noch von einer anderen Perspektive. Durch die Abwanderung verliert die einheimische Landwirtschaft die besten Kräfte, meist nicht nur vorübergehend, sondern auf die Dauer. Andererseits gehen dem Land so die wichtigsten Kräfte für eine gesunde Industrieentwicklung verloren. Es wird bemängelt, dass von der Regierung nicht wenigstens versucht wird, eine möglichst breite und umfassende Ausbildung der griechischen Arbeiter in den Industriebetrieben der Bundesrepublik anzuregen und zu steuern, damit diese Fähigkeiten möglichst bald den eigenen Industrieplänen zu Nutzen sein könnten. Darüber hinaus wird die Schaffung mittlerer und kleiner Betriebe auf dem breiten Land zur Behebung der Notlage auf dem Arbeitsmarkt und zur Steuerung der Landflucht angeregt, eine Massnahme, die in der Bundesrepublik bekanntlich zum Teil gute Früchte zeitigte. In diesem Zusammenhang wird auch die Meinung führender deutscher Wirtschaftskreise begrüsst, die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik an Ort und Stelle zu investieren und so den betroffenen Ländern Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, statt z. B. die Arbeitslosen aus den verschiedenen Gebieten nach der Bundesrepublik einzuschleusen, wo meist die psychologischen und klimatischen Bedingungen für Südländer nicht immer naturgemäss sind.

In diesem Sinne werden schnelle und umfassende Massnahmen gefordert, ehe die Zahl der Abwanderer nicht mehr so gut regulierbare Ausmaße annimmt - man spricht von 200 000 Bewerbern! Neuerdings besteht ausserdem die Möglichkeit durch die Assoziation an die EWG, dieses ja nicht nur national-griechische, sondern mehr europäische Problem auf einer höheren Ebene zu regeln.

Das zerbrochene Fernsehkartell

-x. Da haben doch kürzlich die Gegner der SPD darüber gelästert und die SPD als eine Partei mit unverantwortlichen Wahlversprechungen anzuprangern versucht, weil sie in ihrem Regierungsprogramm ankündigte, den Rentnern die Beschaffung von Fernsehgeräten finanzieren zu helfen. Nun, da die Meldung vom zerbrochenen Rundfunk-Rabattkartell durch die Presse läuft, von Halden an Fernsehgeräten, die wahrscheinlich zum 1. Juli dieses Jahres auf 700 000 nicht abgesetzter Geräte anwachsen, mag mancher dieses Angebot der SPD vielleicht aus anderen Augen sehen.

Den Sozialdemokraten ging es bei ihrer Ankündigung vornehmlich darum, den Alten in unserem Volke auch weiterhin die Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen, ihren Lebensabend, der oft genug einsam ist, erträglicher zu gestalten. Dazu könnte das moderne Publikationsmittel Fernsehen sicher einen guten Beitrag leisten. Es ging der SPD zweitens darum, diesen Alten, die aus ihrem zumeist kargen Einkommen die Kosten der Anschaffung eines solchen Gerätes nicht tragen können, finanziell zu helfen. Diese Hilfe für die Alten ist das Gegenstück der Hilfe für junge Menschen, denen die SPD den Start in das Berufsleben, womöglich in die Selbständigkeit und bei der Gründung einer Familie erleichtern möchte.

Aber was hat das mit dem gesprengten Rabattkartell zu tun? Sehr viel! Die Rundfunk- und Fernsehindustrie ist doch nur deswegen in Absatzschwierigkeiten geraten, weil sie ihre Produktionserien auf den nach der Dichte der Fernsehteilnehmer in unserem Volk geschätzten Bedarf an Fernsehgeräten ausgelegt hat und nun unter darauflos produzierte. Sie überschätzte dabei die Kaufkraft der Bevölkerung, die nach der bei uns gültigen Wirtschaftsauffassung eben keinen Bedarf begründet, wenn kein Geld vorhanden ist, um ihn auch zu befriedigen. Danach hatten eben auch die Rentner keinen Bedarf, obgleich sie manchmal gern ein Fernsehgerät besessen hätten.

Wir wollen nicht behaupten, die SPD hätte in ihrem Regierungsprogramm von vornherein, und speziell an die Vollbeschäftigung in der Rundfunk- und Fernsehindustrie gedacht, als sie für Finanzhilfen zur Beschaffung von Fernsehgeräten für Rentner eintrat. Vollbeschäftigung ist zwar schon immer eines der erklärten Ziele der SPD; aber sie hat

5. Mai 1961

den Zweck, der Bevölkerung einen wachsenden Lebensstandard zu sichern, die damit immer in der Lage sein soll, mit ausreichender Kaufkraft den tatsächlich vorhandenen Bedarf zu befriedigen. Notfalls auch an Fernsehgeräten und Autos, auf die die Arbeitenden ein Anrecht haben.

Was die SPD also versprach, war nicht mehr und nicht weniger, als den Ausgleich zwischen Kaufkraft und Bedarf, der dem wünschenswerten Lebensstandard auch unserer Alten entspricht. Sie sucht dabei genau die Fehlerquelle in unserem Wirtschafts- und Sozialsystem auszugleichen, auf die die Rundfunkindustrie, wie auch andere Erzeugungszweige, bei ihren Kalkulationen schon immer hereingefallen sind. Den Fehler nämlich, die Produktion zwar auf den vermutlich tatsächlichen Bedarf, die Preise ganz allgemein, insbesondere aber die Kartellpreise, nicht auf die vorhandene Kaufkraft abgestimmt zu haben.

+ + +
Abgeblitz

sp- Das Ulbricht-Regime gibt sich viel Mühe, den Eichmann-Prozess in einen Prozess gegen die Bundesrepublik zu verfälschen. Dazu fehlt den Herren in Pankow jede Legitimation. Das musste auch der Star-Anwalt der Zone, Herr Dr. Kaul, erfahren. Seine Pressekonferenz in Jerusalem wurde für ihn zu einem Debakel. Er fand keine Resonanz, sein Versuch, die Bundesrepublik zu diffamieren, missglückte. Der Diplom-Ingenieur Simon Wiesenthal, der im Auftrage des israelischen Geheimdienstes maßgeblich an der Auffindung Eichmanns beteiligt war, bezeichnete das Auftreten Kauls als instinktuos. Aus solchen Munde ist solches Urteil vernichtend, Kaul muss sich damit abfinden, dass für ihn und das Regime, das er vertritt, keine Lorbeeren zu holen sind.

Wiesenthal machte seine Bemerkung in einem Fernseh-Interview. Er sagte auch noch etwas anderes, was uns alle betrifft. Er könne es nicht verstehen, dass es in der Bundesrepublik immer noch Menschen -vielleicht hundert, vielleicht nur ein Dutzend- gibt, die hohe Staatsämter bekleiden, obwohl sie an sichtbarer Stelle dem Dritten Reich dienen. Sie bieten die Angriffsflächen für eine der Bundesrepublik feindlich gesinnte Propaganda. Wiesenthal nannte keinen Namen, aber dem deutschen Zuschauer dieses Fernseh-Interviews drängte sich sofort ein Name auf. Sein Träger gehört zu den engsten Beratern des Bundeskanzlers. Sein Wirken an hervorragender Stelle schädigt das Ansehen der Bundesrepublik, auch die uns Gutgesinnten können dies beim besten Willen nicht mehr verstehen...

+ + +

Verantwortlich: Günter Marischkeffel